

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929**

27.2.1929 (No. 49)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher-  
Straße Nr. 14  
Herausgeber  
Dr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger  
Chefredakteur  
C. Ameh,  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM. einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Rabenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruhe, Karlsruher-Str. 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Kontostundenfall der Redaktion fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Anzeiger keine Ansperrung, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben, und es wird keinerlei Vergütung für irgendwelche Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Schlechte Aussichten für die Koalitionsbildung

Stresemann und die Volkspartei  
M. Berlin, 27. Febr. (Priv.-Tel.) In politischen Kreisen sieht man in dem gestrigen Ergebnis der Tagung des Zentralkomitees der Deutschen Volkspartei keinen Erfolg für Dr. Stresemann, sondern beurteilt die Dinge nach wie vor außerordentlich ernst. Ein Berliner Blatt gibt auch von der Rede Stresemanns eine sehr beachtenswerte, bisher nicht veröffentlichte Stelle wieder, wonach Stresemann erklärt hat, daß ihn sein Gesundheitszustand möglicherweise zwingen könnte, man die Rede daraufhin durchsicht, erkennt man gewisse Zusammenhänge, zumal auch der demokratische Führer, Koch-Weser in Hannover, ähnlich gegen die bisherigen Parteien gesprochen hat. Der Reichskanzler Hermann Müller nimmt zwar heute die Besprechungen zur Umgestaltung der Reichsregierung wieder auf. Da aber Dr. Stresemann am Freitag nach Genf abfahren muß, wird es nach dem im Parlament herrschenden Urteil nicht mehr gelingen, irgendwas vorher zustandzubringen.

Der Beschluß des Zentralvorstandes der Volkspartei  
In der Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei wurde am Dienstag einstimmig eine Entschließung angenommen, in der die Haltung der Reichstags- und Landtagsfraktion in der Koalitionsfrage gebilligt wird. Der Zentralvorstand ist jedoch der Ansicht, daß eine fraktionell gebundene Regierung in der Koalition nur dann erfolgreich wirken kann, wenn aus staatspolitischen Gründen der gleiche Zustand im Reich und in Preußen hergestellt wird. Der Zentralvorstand wird infolgedessen nach Beendigung der Reparationsverhandlungen erneut zur politischen Lage Stellung nehmen.  
Die Entschließung erhielt einen Kommentar durch die parteifremde „Nationalliberale Korrespondenz“, in der es heißt, daß dadurch der Reichstagsfraktion die Freiheit, die sie haben muß, um eine staatspolitische Reparations-, Steuer- und Finanzpolitik treiben zu können, gelassen werde. — Nach Beendigung der Reparationsverhandlungen in Paris werde der Zentralvorstand unter Aufrechterhaltung seines Beschlusses zur Koalitionsfrage vom November 1928 erneut zur politischen Lage Stellung nehmen.

Um sich eine authentische Interpretation der Entschließung zu verschaffen, wird Reichskanzler Hermann Müller am heutigen Mittwoch eine Unterredung mit Stresemann haben. Wenn ihm die auch von der „Nationalliberalen Korrespondenz“ vertretene Auslegung hinsichtlich der Handlungsfreiheit der staatspolitischen Reichstagsfraktion bestätigt werden sollte, dürfte der Kanzler eine neue Fühlungnahme mit den Parteien und vor allem auch mit dem Zentrum versuchen. — Der „Sozialdemokratische Pressedienst“ sieht die durch die volksparteiliche Entschließung geschaffene Lage sehr pessimistisch an, und erklärt, die Sozialdemokratie müsse wissen, ob die Säule der Entschließung, die sich auf Etat und Steuern beziehen, besagen wollen, daß die Volkspartei an der Regierung nur teilnehmen kann, wenn sie im voraus Sicherungen über die Verwirklichung ihres unmöglichen Statprogrammes erhalten hat. Der „Vorwärts“ erblickt in dem Beschluß des Zentralvorstandes eine Niederlage. Dr. Stresemanns, der mit Nachdruck ein positives und unzweideutiges Bekenntnis zur großen Koalition im Reich verlangt habe. Eine noch pessimistischere Note schlägt die „D.N.B.“ an, die die Möglichkeit sachlicher Einigung bei neuen Verhandlungen über die Regierungsbildung kaum mehr gegeben sieht. Das Blatt rechnet daher eher mit einem endgültigen Scheitern der Verhandlungen zur Bildung der großen Koalition.

W.A. Paris, 27. Febr. (Tel.) Der Gouverneur der Bank von England, Montagu Norman, der sich seit einigen Tagen in Paris aufhält, hat, wie „New York Herald“ erfährt, erklärt, daß sein Besuch in keiner Beziehung zu den Reparationsverhandlungen stehe. Er habe jedoch zugegeben, der Bank von Frankreich einen Besuch abgestattet zu haben, und aus anderer Quelle verlautet, daß er auch mit Dr. Schacht gesprochen habe. Norman wird voraussichtlich heute nach London zurückreisen.

### Neue Kämpfe in Afghanistan

W.A. Moskau, 27. Febr. (Tel.) Nach einer Meldung aus Tereznik haben bei Maidan, 30 Kilometer von Kabul entfernt, Kämpfe zwischen den vorrückenden Truppen Aman Allahs und den Anglikan-Truppen begonnen. In Kabul werden Flugblätter verbreitet, daß Aman Allah sich in Gajni befindet. Die Stadt Maidan ist von Truppen Aman Allahs besetzt.

Es befinden sich zur Zeit insgesamt noch etwa 30 bis 35 Deutsche in Kabul. Einige von ihnen denken dort zu bleiben. Die diplomatischen Vertreter der Türkei, Persiens und Afghanlands sind noch in Kabul anwesend.

Der Chef der deutschen Seereschiffahrt, General Hege, ist auf dem Wege nach Argentinien mit dem Dampfer „Cap Arcona“ in Vigo (Spanien) eingetroffen. Er wurde an Bord von Behördenvertretern und dem deutschen Konsul begrüßt, und nahm am Abend in der Stadt auf Einladung der deutschen Kolonie an einer zu Ehren der Offiziere des in Vigo vor Anker liegenden Kreuzers „Berlin“ veranstalteten Feiern teil.

### Letzte Nachrichten

#### Kritisches Stadium der Pariser Konferenz

M. Berlin, 27. Febr. (Priv.-Tel.) Für die nächsten Tage wird mit einer Zuspitzung der Verhandlungen auf der Pariser Sachverständigenkonferenz gerechnet, weil man bei der Erörterung der Transferfrage bereits an das Problem der Zahlen herangekommen ist. Schon bei der ersten Erörterung, die von Reichsbankpräsident Dr. Schacht ganz vorsichtig geführt wurde, hat es Verstimmungen gegeben, namentlich auf belgischer Seite, die immer wieder forderte, man müsse vom Dawesgutachten ausgehen und dürfe nicht das Problem von vorne aufrollen. Die Amerikaner aber haben dem widersprochen, da ja die Sachverständigen an keinerlei Instruktionen und somit auch nicht an den Dawesplan gebunden seien.

#### Die Rheinhochwassergefahr

Keine Ablehnung französischer Pionierhilfe

M. Berlin, 27. Febr. (Priv.-Tel.) Zu einer Klärung der Rheinhochwassergefahr am Rhein die Hilfe französischer Pioniere angeboten habe und diese abgelehnt worden sei, erfahren wir aus zuständiger Stelle, daß eine solche Anregung an Deutschland erging, aber nicht abgelehnt worden ist.

#### Polnischer Ministerbesuch in Danzig

W.A. Danzig, 27. Febr. (Tel.) Heute vormittag trafen der polnische Ministerpräsident Dr. Bartels und der polnische Verkehrsminister Kühn in einem Sonderzug hier ein. Zur Begrüßung hatten sich auf dem Bahnhof Senator Dr. Strunz, Minister Strasburger, der Präsident des Senatsausschusses und mehrere Vertreter der Danziger Behörden sowie des Konfakortkorps eingefunden. Um 10 Uhr stellten die Gäste in Begleitung von Minister Strasburger dem Präsidenten Dr. Schum einen Besuch ab, den dieser im Laufe des Vormittags erwiderte.

#### Schieberei an der polnisch-litauischen Grenze

W.A. Warschau, 27. Febr. (Tel.) Einer Meldung des „Dziennik Wlenski“ zufolge kam es am letzten Sonntag in einem an der polnisch-litauischen Grenze gelegenen Wald zu einer Schieberei zwischen einer polnischen und einer litauischen Streifwache. Die polnische Streifwache soll nämlich verurteilt haben, litauische Bauern, die auf polnischem Gebiet Holz fällten, daran zu hindern, und als die Bauern sich mit ihren Äxten zur Wehr setzten, diese zu entwandern. Hierbei habe die litauische Patrouille zugunsten der litauischen Bauern eingegriffen. Nach kürzerer Schieberei hätten sich dann die Schaulis unter Zurücklassung eines Toten auf litauisches Gebiet zurückgezogen.

#### Die holländischen Enthüllungen

über das französisch-belgische Militärabkommen haben zu diplomatischen Vertretungen in Paris und Brüssel geführt. Nach einer Meldung aus Paris ist der Schritt des holländischen Gesandten am Quai d'Orsay in schriftlicher Form erfolgt. In einer Dienstag nachmittag überreichten Note erforderte der Vertreter der Niederlande in höflichster Form die französische Regierung, seiner Regierung zu helfen, die Frage der in Utrecht veröffentlichten Dokumente zu klären.

Die englische Regierung hat der Reichsregierung auf diplomatischem Wege eine Erklärung zugehen lassen, wonach ein englisch-belgisches Abkommen nicht bestehe. Ebenfalls gäbe es eine Verständigung irgendwelcher Art zwischen dem englischen und belgischen Generalstab. — Der belgische Minister des Äußeren bezeichnete in der Kammer die Enthüllungen des Utrechter „Dagblad“ für eine Fälschung. — Das „Utrechtsche Dagblad“ erklärt zu den belgischen und französischen Dementis, es könne dafür nur ein Aufsehen übrig haben. In dem französischen Dementi werde überhaupt nicht von falschen Dokumenten, sondern nur von „documents apocryphes“ gesprochen, welcher Ausdruck die Möglichkeit mit einschließt, daß die Dokumente echt seien. Die französische Regierung schweige vor allem über das, worauf es eigentlich ankomme, nämlich über die Interpretationen. Das Blatt betont nochmals, daß es sehr bestimmte Garantien für die Echtheit bestimme, und fordert die beteiligten Regierungen auf, den Schleier des Geheimnisses zu lüften, wenn sie die Richtigkeit der Veröffentlichungen bestreiten wollen.

In der südafrikanischen Kammer erklärte bei Beratung des Handelsvertrages mit Deutschland der Minister für Bergbau und Industrie, Meyers, die Westbegünstigung Großbritanniens sei nicht angefaßt, aber, so fügte er hinzu, „wir lehnen entschieden ab, eine Schranke um das britische Commonwealth zu erheben, die uns die Aussicht auf die übrige Welt versperrt“. Meyers wandte sich weiter gegen den nationalistischen Geist der Opposition, gegen den Vertrag. Diese Worte riefen lebhaften Protest hervor.

40 Anträge auf Aufhebung der Immunität württembergischer Landtagsabgeordneter. Dem Büro des württembergischen Landtages liegen laut „Germania“ zur Zeit rund 40 Anträge der Staatsanwaltschaften vor, die eine Aufhebung der Immunität der württembergischen Abgeordneten wegen Beteiligungsprozessen verlangen.

### \* Finanzpolitik der Subventionen

Häufig genug haben wir an dieser Stelle betont, wie notwendig es ist, daß nun endlich einmal mit dem Grundsatz der Übersichtlichkeit und der Sparsamkeit im Umkreis der Finanzgebarung des Reiches Ernst gemacht wird. Von diesem Standpunkt aus haben wir Reden und Zeitungsartikel, die in die gleiche Kerbe hackten und womöglich noch mit sachlichen Einzelheiten aufwarteten, gerne zitiert. Leider muß man sagen, daß das Interesse an diesen Dingen beim deutschen Zeitungsleser und beim deutschen Wähler noch viel zu gering ist. Vielleicht läßt sich das dadurch erklären, daß in der Presse nur selten Aufsätze erscheinen, die sich sachkundig und gründlich mit den Problemen der Reichsfinanzpolitik beschäftigen.

Darüber braucht man sich indessen nicht zu wundern. Für die meisten Reichstagsabgeordneten — und diese kommen ja in erster Linie als Beurteiler in Betracht — ist der Reichsetat ein Buch mit sieben Siegeln. Schon unter normalen Verhältnissen, schon bei einer wirklich übersichtlichen Anordnung des Etats wäre das Studium dieser Materie gewiß nicht leicht. Zu einer wahren Sisyphusarbeit aber wird es angesichts eines Etats, der sich traditionell einer geradezu berüchtigten Unübersichtlichkeit erfreut, angesichts eines Etats, in welchem von den einzelnen Reichsbehörden die Methode des Versteckspiels bis zur Virtuosität ausgebildet worden ist, angesichts eines Etats, in welchem sich ein geschulter Finanz- und Verwaltungspolitiker überhaupt nur dann zurechtfinden kann, wenn er Zeit und Energie genug aufbringt, um sich persönlich das manchmal ganz zweifellos gewollte Dunkel der einzelnen Positionen aufklären zu lassen.

Und doch ist diese Finanzpolitik des Reiches eine Schicksalsfrage für uns. Von ihr hängt unsere Zukunft ab. Deshalb sollte jeder deutsche Wähler, ob männlichen oder weiblichen Geschlechts, sich viel ausgiebiger mit den Angelegenheiten der Reichsfinanzwirtschaft befassen. Sehr bald wird sich dabei zeigen, daß es kaum ein politisches Gebiet gibt, bei dessen Beachtung parteipolitische Gegensätze besser überwunden werden können, als dieses. Denn der Wunsch nach einer ordentlichen und übersichtlichen und sparsamen Finanzpolitik des Reiches ist ganz allgemein, und selbstverständlich haben parteipolitische Sonderwünsche vor der großen und ersten Forderung nach allumfassender Sparsamkeit zu schweigen.

Im Karlsruher „Volkfreund“ werden seit einigen Wochen sehr instruktive Beiträgen über die Finanzpolitik des Reiches veröffentlicht. Sie sind mit drei Sternchen gezeichnet und können wohl nur einen Reichstagsabgeordneten zum Verfasser haben. Auf einen dieser Artikel haben wir neulich mit großem Nachdruck hingewiesen. Für uns in Baden sind die Aufsätze deshalb besonders wertvoll, weil sie klar erkennen lassen, wie sehr die Wohlfahrt der süddeutschen Grenzmark dem Verfasser am Herzen liegt, und wie sehr auch er es beklagt, daß das Reich in vielen Fällen für diese Grenzmark nicht das tut, was man nach Lage der Dinge erwarten sollte.

Zu folgen werden wir die beiden neuesten Artikel des Verfassers abdrucken. Sie sind unter dem Titel „Politische Subventionen“ in den Nummern 44 und 46 des „Volkfreunds“ erschienen. Natürlich verleugnet der Verfasser seine parteipolitische Meinung nicht. Wir haben solche Stellen — es sind übrigens nur sehr wenige — fortgelassen oder gebührend gekennzeichnet. Der Grundzug der Artikel ist aber eine durchaus überparteiliche Unabhängigkeit finanzpolitischer Urteils und Denkens. Und das sichert ihnen die besondere Bedeutung.

Übrigens verwahrt sich der Verfasser selber gegen die Mißdeutung, als ob seine Artikel zum Zwecke eines Angriffs auf die Reichsregierung geschrieben worden seien. Ihnen liegt vielmehr lediglich die Absicht zugrunde, „zu zeigen, was in der Finanzpolitik des Reiches ungesund erscheint, was nach etatrechtlichen Grundsätzen verwerflich ist, und wieso im Lande gegen die Reichspolitik ganz allgemein so viel Mißtrauen aufkommen mußte“.

Die beiden Artikel haben folgenden Wortlaut:

1. „In einer früheren Abhandlung über den Etat des Reiches wiesen wir schon auf die hohen Subventionen hin, die aus wirtschaftlichen Gründen an industrielle Werke, landwirtschaftliche Organisationen und öffentlich-rechtliche Körperschaften gegeben wurden oder weiterhin gegeben werden sollen. Wir zeigten, was für ungeheure Beträge zur Bekämpfung der sozialen Not und zur Be-

bensstärkung der karitativen Verbände ausgegeben wurden. Insgesamt handelte es sich hierbei um Milliardenbeträge. Auf rund 10 Milliarden beläuft sich der Reichs-etat überhaupt.

Nun gibt es aber, auch Subventionen des Reiches aus politischen Motiven; zum Zwecke der Förderung von Kultur und guter Stimmung werden diese ausgeworfen. Auf diesem Boden bewegt sich schon, wie wir ebenfalls gezeigt haben, das Auswärtige Amt. Das Reichsministerium für die besetzten Gebiete und das Reichsministerium des Innern stehen in Konkurrenz mit diesem. Ihnen sei unsere heutige Betrachtung gewidmet.

Das Ministerium für das besetzte Gebiet braucht einen Zuschuß von 18,8 Millionen, d. i. 4,7 Millionen mehr als im Vorjahre. Diese Steigerung wird durch Mehrforderungen bei den „Einmaligen Ausgaben“ verursacht. Um 5,1 Millionen ist diese Position höher als im Vorjahre. Für das Kapitel „Kulturelle Fürsorge im besetzten Gebiet“ werden 3,5 Millionen angefordert. In dieser Summe stecken neu 500 000 RM zur Stützung der in ihrem Bestande gefährdeten Theater und Orchester des besetzten Gebiets. Aus politischen Gründen müsse deren Existenz sichergestellt werden.

Alle Achtung vor so viel gutem Willen. Wir sind jedoch so frei, zu erklären, diese Methode ist falsch, sie führt eines Tages zu einem ganz gehörigen Katzenjammer. Oder glaubt man, es ließ sich auch nach der Befreiung der besetzten Gebiete diese Art von Unterstützungsaktionen fortsetzen? Zu dieser Form von Stützungskaktionen kommt man eben infolge eines mangelhaften Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, wobei dann jeder Unterstützungsbegehrende glaubt, er komme gegenüber anderen zu kurz. Erhält ein Turnverein für die Einzäunung seines Sportplatzes die erforderlichen Mittel, dann muß der andere Geld für ein Klavier haben. Die Vereine gehen heute an Bauvorhaben heran, ohne einen Pfennig Geld, für die ein eigentliches Bedürfnis gar nicht besteht, häufig nur zu dem Zweck, den Konkurrenzverein zu übertrumpfen.

Wo in Deutschland sind die Theater nicht notleidend? Das Land Thüringen kommt aus seinen Theaterjahren nicht heraus. In Hessen und in Baden ist dies nicht anders; Dutzende von Städten befinden sich in gleicher Lage. Will das Reich hier auch helfen? So viel Steuermittel, wie die Theater Geld nötig haben, gibt es gar nicht. Noch nie gab es eine Zeit, wo für diese nicht die Parole des „Nach-der-Decke-Streckens“ derart stark geolten hätte. Es soll hier nicht dagegen gesprochen werden, daß den Theatern nach Möglichkeit geholfen wird. Diese Aufgabe steht jedoch den Ländern und Städten zu, die allein nur prüfen können, ob die geforderten Gelder nicht in einen Sack ohne Boden fallen. Unmittelbar vom Reich gegebene Mittel erhält nur, wer in Berlin Beziehungen hat und wer die Hintertreppen kennt.“ (Fortsetzung folgt.)

Heinrich Brüchmann †. In Berlin ist General konsul, Dr.-Ing. e. h. Heinrich Brüchmann an den Auswirkungen eines schweren Herzleidens plötzlich verschieden. Der Verstorbenen hat sich um die deutsche Volkswirtschaft ganz besondere Verdienste erworben, und zwar hauptsächlich durch die Organisation der Kohlelieferungen und in der letzten Zeit besonders durch die Schaffung des Konbilsyndikats, an dessen Ausgestaltung und wirtschaftlicher Förderung er bis zur letzten Minute gearbeitet hat.

Die polnischen Linksparteien gegen den Finanzminister. In polnischen Sejm kam es am Dienstag bei Behandlung eines Antrages der Linksparteien, wonach der jetzige Finanzminister Gschowicz wegen ungesetzlicher Statübertretung im Finanzjahre 1927/28 um 500 Millionen Plon vor den Staatsgerichtshof gestellt werden soll, zu riesigen Karmäzenen, der Anhänger der Regierung, welche die oppositionellen Parteien am Sprechen hindern wollten. Schließlich wurde mit 219 gegen 132 Stimmen ein Vermittlungsvorschlag des Sejmarschalls angenommen, der die Anlage gegen den Finanzminister dem Haushaltsausschuß zur Prüfung überweist.

### Förderung der Kunst durch Ausstellungen

Der Reichsverband bildender Künstler Deutschlands, Gau Südwestdeutschland, hielt kürzlich in Karlsruhe eine ordentliche Mitgliederversammlung ab. Der Vorstand und der stellvertretende Vorsitzende des Gauverbands, sowie der stellvertretende Vorsitzende des Reichsverbandes, berichteten über das abgelaufene Jahr. Der Jahresbeitrag soll der gleiche bleiben wie im vergangenen Jahre. Die Vorstandswahl, die zum ersten Male nach der revidierten Satzung erfolgte, ergab die Wiederwahl von Professor Me als 1., Walter Bus als 2. Vorsitzenden, ferner von Walter A. M. Hofmann und Architekt Schwinnfurth als Schriftführer, neu gewählt wurde Bildhauer Raiff als Kassier. Wegen der Wahl zu künstlerischen Beratern soll noch mit verschiedenen führenden Künstlern der einzelnen „Nichtungen“ in Verbindung getreten werden.

Lebhaft gestaltete sich die Aussprache über die Möglichkeit größerer Ausstellungen in der Landeshauptstadt. Die Möglichkeit zu solchen Unternehmungen, die im Interesse der Kunst sowohl wie der „Kunst-Stadt“ Karlsruhe in Blüte gebracht werden sollten, findet ihr größtes Hindernis im Fehlen eines geeigneten Gebäudes. Da die Stadt in nächster Zeit am Ettlinger Tor repräsentative Bauten errichten wird, beschloß man, erneut an die Stadtverwaltung mit der Bitte heranzutreten, diese günstige Gelegenheit zu benutzen, um dem geschilderten schwer empfundenen Mangel abzuhelfen. Ein hierauf bezügliche Resolution fand einstimmige Annahme.

Kammersängerin Staudigl †. Am Samstag starb im Alter von 69 Jahren die Gattin des in früheren Jahren weitberühmten Kammersängers Staudigl, Gisela Staudigl. Als Sängerin selbst weltberühmt, übte die Verstorbenen nach Rücksicht in die Landeshauptstadt in den letzten Jahren eine Lehrtätigkeit am hiesigen Konservatorium aus; die sie bis wenige Tage vor ihrem Tode in bewundernswürdiger Energie am Werke hielt. Mit ihr verliert die Stadt Karlsruhe eine ihrer markantesten Erscheinungen im geistigen Leben.

Der Komponist Julius Weismann in Freiburg wurde zum auswärtigen Mitglied in die Sektion für Musik der preußischen Akademie der Künste in Berlin gewählt.

### Aus dem Reichstag

Der Verrat der Gröner-Deutschrift — Das Wehrprogramm. Wer die Deutschrift verraten hat, das haben wir aus der Interpellationsdebatte im Reichstag am Dienstag auch nicht erfahren. Allerdings haben die Kommunisten in ihrer Interpellation die Regierung auch gar nicht danach gefragt, wer jener englischen Zeitschrift die Deutschrift des Reichswehrministers über den Bau des Panzerkreuzers A ausgeliefert habe. Worauf es den Interpellanten ankam, erfuhr man aus der Begründungsrede des Kommunisten Stöcker: Die Regierungsparteien und namentlich die Sozialdemokraten sollten beschuldigt werden, zum Kriege gegen Rußland zu rufen.

Diese Behauptung nahm außer den Freunden des Redners niemand im Hause ernst, nicht einmal der Reichstanzler, der zwar seine Antwort mit der Versicherung einleitete, er wolle eine ernste Erwiderung geben, der aber dann den kommunistischen Ausfrager doch nur in ironischer Weise abfertigte. Er wies auf die erst kürzlich wieder von dem Sowjetpräsidenten Kassinin bestätigten freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland hin, die nach seiner Meinung auch Herr Stöcker nicht trüben kann. Im übrigen teilte der Reichstanzler mit, daß der Oberreichsanwalt den am dem Verrat der Deutschrift Schuldigen noch nicht gefunden hat.

Die weitere Debatte war im wesentlichen nur eine Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokraten und Deutschnationalen. Diesen war bekanntlich zugetragen worden, eine Journalistin, namens Volentin, habe mit Hilfe von sozialdemokratischen Politikern die Deutschrift nach England geschmuggelt. Das hat sich inzwischen als eine leere Verdächtigung herausgestellt. Der Sozialdemokrat Stampfer begnügte sich jedoch nicht mit dieser Feststellung, sondern warf den Deutschnationalen vor, unter der Herr Eugenbergs werde die Verleumdung bei ihnen zum Handwerk. Der Afrika-Generallieutenant Kretow-Förber, der für die Deutschnationalen das Wort ergriff, erwiderte in ebenso temperamentvoller Weise. Nach seiner Meinung haben die Deutschnationalen nur pflichtgemäß gehandelt, wenn sie die ihnen zugetragene Verdächtigung an die zuständige Stelle weiterleiteten. Handelte es sich doch um einen Landesverrat! Die Frage des Redners, wie es denn mit der Stellung der Sozialdemokratie zum Wehretat bestellt sei, veranlaßte den Reichstanzler zu der Erwiderung, die Regierung habe schon in ihrer Erklärung vom Sommer vorigen Jahres der Reichswehr alles Notwendige versprochen, was sich mit den bestehenden Verträgen und den finanziellen Kräften des Reiches vereinbaren lasse.

Die anderen Parteien verzichteten auf eine Beteiligung an der Aussprache. Der der Deutschen Volkspartei angehörende Admiral Brüninghaus betonte nur in einer kurzen Rede, den Wehrwillen seiner Freunde, und der nationalsozialistische General Ritter von Epp wunderte sich, daß man sich über den Verrat der Deutschrift wundern könne.

Die Kommunisten haben natürlich wieder Mißtrauensanträge eingebracht. Darüber wird aber erst am heutigen Mittwoch abgestimmt werden, außerdem will man heute auch die Frage der Rheinbrücken beraten.

### Gegen die Eisgefahr auf dem Rhein

Bei den in Rymwegen abgehaltenen deutsch-holländischen Besprechungen über die Frage der gemeinsamen Bekämpfung der Eisgefahr auf dem Rhein wurde volle Übereinstimmung erzielt. Auf holländischer Seite wird man in erster Linie versuchen, die Unterläufe der großen Flüsse, vor allem des Rheins, mit Hilfe von Eisbrechern und Eissprengungen eisfrei zu machen, um auf diese Weise eine regelmäßige Abfuhr der von den Oberläufen antreibenden Eismassen zu gewährleisten. Vorläufig also bis zur Durchführung dieser Aufgabe sollen in Deutschland keine Maßnahmen größeren Umfangs ergriffen werden. Die zuständigen deutschen und holländischen Stellen werden sich täglich über alle wichtigen Vorgänge auf dem laufenden halten.

Verhaftung Bailant-Couturiers. In Paris ist der kommunistische Abgeordnete Bailant-Couturier, Chefredakteur der „Humanité“, verhaftet worden. Es lag gegen ihn ein verurteilendes Urteil auf sechs Monate Gefängnis wegen Aufreizung von Militärpersonen zum Angehorfam vor.

Eine antarctische Insel für Norwegen in Besitz genommen. Die Norwegia-Expedition, die zur Zeit Untersuchungen über den Walfischfang in den Gewässern am Südpol betreibt, hat die Insel „Peter I“ für Norwegen in Besitz genommen und das die Insel umgebende Seegebiet „Noald Amundsen Meer“ benannt.

Eine Revision des amerikanischen Zolltarifs soll als Hilfsmittel für die Farmer in einer Extrassession des Bundestages beraten werden. Der Tarif soll nur dahin abgeändert werden, daß den Farmern der gleiche Schutz gewährt werde wie den Industriellen.

### Die Hohenheimer Puppenspiele

In dem dichtgefüllten Festsaal des Kinderkrankenhauses zu Karlsruhe fand am Dienstagabend eine Aufführung der beliebten Hohenheimer Puppenspiele statt, zu der neben vielen Kindern eine große Anzahl Erwachsener, darunter die Leiterin des Krankenhauses, erschienen war. Schon verschiedene Male hatte man Gelegenheit gehabt, diese liebenswürdige, alte Volkstanz zu bewundern. Ein Stück Kinderland wacht wieder auf, wenn man diese schaurigen Gesellen und gepulsten Damen sieht, und ihre „erschütterlichen“ Schicksale miterlebt. Nach einem einleitenden lustigen Prolog folgten in wechselvollem Spiel fröhliche Geschichten aus alter und neuer Zeit, die trotz ihres Humors meist eines tieferen Sinnes nicht entbehren. Besonderen Anklang fand eine Parodie auf eine bekannte deutsche Romanschriftstellerin, deren Werke in humoristischer, oft satirischer Weise dargestellt wurden. Einige von verschiedenen Puppen aufgeführte Tänze verfehlten durch die meisterhafte Wiedergabe nicht ihre Wirkung. Reichlicher Beifall des dankbaren Publikums lohnte die Darbietungen der Künstler, die durch ihre Aufführungen ein Stück alten Volksstums lebendig zu erhalten befrecht sind, ein Stück Volksgut, das durch die fortschreitende Moderne in Vergessenheit zu fallen droht.

Große Kundgebung für das deutsche Lied in Stigheim. Die Theater- und sangesfreudigen Stigheimer bereiten in Verbindung mit dem Sängergau Mittelbaden eine Kundgebung für das deutsche Lied vor. Am Sonntag, den 9. Juni, vormittags, wird die Veranstaltung mit einem Konzert der Gauvereine eröffnet. Es kommen hierbei Massen- und Einzelchöre zum Vortrage. Für den Nachmittag ist ein gesangshistorischer Festzug vorgesehen, wobei die einzelnen Gruppen Bilder aus der Entwicklung des deutschen Volksliedes darstellen werden. Anschließend an den Festzug ist auf dem Naturchauplatz ein Festspiel, wobei vermutlich einige Szenen aus den „Meister-singern“ vorgeführt werden.

Die deutsche Kunstausstellung in Warschau findet in der dortigen Bevölkerung großes Interesse.

### Badischer Teil

#### Eisgang und Hochwasser

Die Badische Wasser- und Straßenbaudirektion in Karlsruhe teilt mit:

Am Rhein oberhalb Basel hatten sich in der vergangenen Frostperiode, hauptsächlich in der Stauhaltung der Kraftwerke Augst-Byhlen, sowie in dem Wertkanal des Kraftwerkes Rheinfelden starke Eisverfestungen gebildet, die den Betrieb der Werke teilweise zum Erliegen brachten. Diese Eismassen sind unter dem Einfluß des Tauwetters teils geschmolzen, teils abgetrieben. Die Rheinstrecke oberhalb Basel ist nunmehr nahezu eisfrei.

Das Rheineis oberhalb Mannheim ist im Talweg auf 30—70 Meter Breite abgetrieben; die Seitenränder rüden nach. Eisstreifen schwach. Die abtreibenden Schollen sind teils geschmolzen, teils mechanisch zerfleinert.

Das Neckareis ist bei Cannstatt abgetrieben und hat sich bei Neckarzimmern neu gestellt, sonst unverändert.

Die Sprengungen am Rhein und in den Säfen sind beendet. Die Schiffe sind in Sicherheit gebracht, soweit sie in dem Strom lagen.

Am Mittel- und Niederrhein hat sich nichts weiter verändert. Das Moselleis hat heute morgen 8 Uhr mit der Spitze Düsseldorf passiert, am Niederrhein bis zu minus 7 Grad.

Von den badischen Schwarzwaldflüssen hat ein langsamer Eisgang auch an der Wutach, Wehr und Biese eingesetzt. Die Unterläufe dieser Flüsse sind nahezu offen. In den Mittelläufen hat sich teils unter dem Einfluß der Erwärmung des Wassers, teils durch künstliche Maßnahmen eine Mittelrinne gebildet, die sich allmählich nach den Seiten verbreitert.

Am Neumagen setzte der Eisgang plötzlich fast gleichzeitig im Ober- und Untermünftertal, sowie zwischen Staufen und Krozingen ein. Die Eismassen haben sich in Staufen an der obersten Gemeindebrücke gestaut und füllen das Bachbett auf 3—400 Meter Länge aus. Die Wasserwehr, sowie Spengtommandos einer Firma sind beschäftigt, die Eisbarren zu durchbrechen.

Die Wasserführung nahm am Dienstag stark zu, so ist der Neckar bei Blosingen in 24 Stunden um 2 Meter gestiegen. In den Schwarzwaldflüssen wachsen die kleineren Zuflüsse ebenfalls stark, während die größeren Flüsse langsam anschwollen.

#### Die Eisverhältnisse des Mains

Dr. Tauberhofsheim, 27. Febr. Das Wasser- und Straßenbauamt Tauberhofsheim teilt mit: Seit Menschengedenken hatte der Main keine so starke Eisbildung wie heute. Von der unteren bayerischen Grenze bis heraus nach Würzburg steht eine 60 Kilometer lange Eisdecke. Von Würzburg bis Fechenbach (11 Kilometer) ist der Main offen. Von Fechenbach bis zur Mainmühle unterhalb Westheim steht wieder eine 18 Kilometer lange Eisdecke. Von der Mainmühle bis Westheim (3 Kilometer) ist der Main offen. Von Westheim aufwärts bis gegen Schweinfurt steht die Hauptmasse des Eises, eine 174 Kilometer lange Eisdecke, mit etwa 12 Millionen Quadratmeter Eisfläche bei 40 bis 50 Zentimeter normaler Eisdicke, soweit sich das Eis nicht übereinander geschoben hat. Es ist klar, daß solche Eismassen nicht gesprengt und aus dem Fluß entfernt werden können. Die Gemeinden werden bei eintretendem Eisgang gut tun, den Eisgang in Gang zu halten und, soweit dies möglich ist, die Festhaltung des Eises zu verhindern suchen. Seitens der Flußbaustellen ist verstärkter Bach- und Nachrichtenendienst vorgelesen. Bei eintretendem starkem Tauwetter und Eisgang sind lokale Hochwasserzustände infolge Eisstauungen nicht ausgeschlossen.

### Badischer Landtag

#### Im Haushaltsausschuß des Landtags

Standen am Dienstag mehrere Zentrumsanträge zugunsten der badischen Landwirtschaft zur Beratung. So wurde verlangt, die Regierung möge bei der Reichsregierung in dem Sinne einwirken, daß die Zölle auf Lebendvieh in ein angemessenes Verhältnis zu den Fleischzöllen gebracht und ferner günstigere Zuderzollsätze geschaffen werden.

Der Abg. Weishaupt begründete diese Anträge, an denen die badische Landwirtschaft mit ihrer starken Viehzucht besonders interessiert sei. — Der Berichterstatter, Abg. Gofheinz (Dem.) stellte einen erheblichen Mangel an der Fleisch-einfuhr in den letzten beiden Jahren fest. Nach lebhafter Debatte wurde ein Antrag des Berichterstatters angenommen, bei der Reichsregierung auf beschleunigte Durchführung der zum Schutze der Landwirtschaft vorgesehenen Maßnahmen hinzuwirken. Der weitere Antrag, die landwirtschaftlichen Anträge für erledigt zu erklären, wurde jedoch mit 9 Stimmen, gegen 6 sozialdemokratische und demokratische Stimmen, abgelehnt. — Im Hinblick auf die Abwesenheit des Innenministers in Berlin vertagte man darauf die Weiterberatung der Zollanträge.

Ein Gesuch des Bürgermeistersamts Trüben, um Förderung der Schwarzwaldbahn, angesichts ihrer Bedeutung für den internationalen Durchgangsverkehr, wurde der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen, nachdem man u. a. auch über die Frage der Elektrifizierung diskutiert und die Regierung erklärt hatte, daß sie soweit irgend möglich für die Wahrung der badischen Verkehrsinteressen eintrete, zumal auch wichtige volkswirtschaftliche Interessen auf dem Spiele ständen.

Ein weiterer Antrag des Zentrums betraf die Erhaltung der Lebensfähigkeit der Abfindungsvereine bei der bevorstehenden Änderung des Brantweinmonopolgesetzes. Unter anderem soll an Stelle der vorgesehenen Abfindungspflicht das Ablieferungsrecht gesetzt und eine auskömmliche Vergütung gewährt werden. Der Finanzminister gab die Erklärung ab, daß er die badischen Bevollmächtigten im Reichsrat bereits beauftragt habe, im Sinne des Zentrumsantrags zu handeln. In Baden kommen gegen 25—30 000 landwirtschaftliche Kleinbetriebe in Frage, abgesehen von den sogenannten Stoffbetribern. Ein Entgegenkommen wäre vor allem im Interesse des Ostbaus gelegen. In der Frage der Ermäßigung des Brantweinsteuerzuschlages hat die badische Regierung bisher im Reichsrat leider kein Verständnis gefunden. Infolgedessen werde das Land Baden im Reichsrat wohl gegen das Gesetz stimmen müssen.

Die Aussprache endigte mit der einstimmigen Annahme des Zentrumsantrages, mit der Maßgabe, daß die badische Regierung im Reichsrat gegen das Gesetz stimmen soll, wenn nicht auch die Ermäßigung des Brantweinsteuerzuschlages zugestanden wird.